

ihrer Brauchbarkeit für den Menschen, sie stelle vielmehr einen Wert an und für sich dar, sie sei eine eigene Realität. Nur muß man dabei im Auge behalten, daß die subhumane Welt ihre volle Bedeutung aus ihrer Bezogenheit auf den Menschen erhält – ähnlich wie Eigensein und Eigenwertigkeit des Menschseins erst aus ihrer transzendenten Relationalität Bestand haben und Erfüllung finden. Von Gleichheit, Gleichwertigkeit und geistiger

Autonomie aller Kreaturen zu sprechen, läßt sich jedenfalls mit dem biblischen Schöpfungsglauben nicht vereinbaren. Auch eine Berufung auf Franz von Assisi und seine Promotion zum „Schutzheiligen der Ökologie“ können eine solche Auffassung nicht legitimieren. Man wird mit der Pastoralkonstitution des II. Vatikanums daran festhalten müssen, daß der Mensch „auf Erden die einzige von Gott um ihrer selbst willen gewollte Kreatur ist“.

Der Hunger als moralische Herausforderung

Zum Streit über das Ausmaß der Hungerkatastrophe in Afrika

Wie schon öfters hat es in letzter Zeit wieder heftige Auseinandersetzungen über das Ausmaß des Hungers und dessen Sinn der dagegen aufgebotenen Hilfe gegeben. Wir haben Diplom-Volkswirtin Hildegard Rapin um eine Darstellung des Problems und um eine Pointierung seiner Ursachen gebeten. Frau Rapin ist Mitglied des Beirats der Kommission Justitia et Pax und war bis vor kurzem Referentin der gleichnamigen Kommission und als solche mit der Geschäftsführung des Dialogprogramms der Kirchen über Entwicklung als internationale soziale Frage beauftragt.

Die Welternährungssituation ist in ihren beiden Extremen – nämlich dem Hunger auf der einen und dem Überfluß auf der anderen Seite – ein Ärgernis und eine Provokation. Der weltweite Hunger ist ebenso eine moralisch-ethische Herausforderung wie die politische Aufgabe unserer Zeit. Der gleichzeitig existierende Überfluß in entwickelten Staaten sollte Anlaß sein, darüber nachzudenken, worauf dieser zurückzuführen ist und in welcher Wechselbeziehung er zum „Mangel“ steht.

Solange die Extremsituationen – sowohl beim Hunger als auch beim Überfluß – das „gewohnte“ Ausmaß nicht übersteigen, handelt es sich um sog. stille Phänomene. In jüngster Zeit ist das „stille“ Phänomen Hunger („gehungert und gestorben wird lautlos“) im Falle Afrikas zu einem spektakulären geworden: durch das Überschreiten der gewohnten und tolerierten Grenzen hat das Leid und die Not vieler Menschen „Nachrichtenwert“ bekommen. Es werden insbesondere Zahlen diskutiert, wobei das menschliche Elend zu einem Zahlenspiel der Statistik zu denaturieren droht.

Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, daß eine große deutsche Tageszeitung die Legitimation einer humanitären Aktion „gegen die Jahrhundertkatastrophe von 150 Millionen hungernder Menschen in Afrika“ dadurch in Frag stellte, daß sie primär die Zahlen und Daten bezweifelte, die Grundlage für diese Aktion waren. Schon die Schlagzeile des Artikels „Die ‚Jahrhundertkatastrophe‘ gibt es nicht – in Afrika hungern 10 bis 12 Millionen Menschen – nicht 150 Millionen“ (Günter Krabbe in der FAZ vom 24. 5. 84) will den Leser von seiner möglichen

moralischen Unruhe über die „Welternährungsunordnung“ (Weltrat der Kirchen, Vancouver 1983) befreien; wenn nicht die Überschrift, dann gibt ihm der Schlußsatz des Artikels die Ruhe vollständig zurück. Dort heißt es: „Wenn die Afrikaner nur wollen, brauchen sie nicht zu hungern und zu verhungern schon gar nicht.“

Realität, nicht „Realismus aus zweiter Hand“

So etwas kann nur jemand sagen, der das Problem nicht wahrhaben oder verniedlichen will.

Zunächst muß die Frage nach dem Ausmaß – der Streit geht um eine Dimension des zehnfachen von Hungernden – genauer betrachtet werden: welche Anzahl ist „Unfug, ein Gerücht, Realismus aus zweiter Hand“. Gott sei Dank ist für die Mehrheit der Menschen der sog. entwickelten Länder Hunger und Verhungern keine Realität mehr; wohl jedoch „Fehlernährung“. Fehlernährung (Malnutrition) ist in der Wissenschaft der Begriff, mit dem die Probleme der Welternährung beschrieben und quantifiziert werden (vgl. P. v. Blanckenburg und H. D. Cremer: Das Welternährungsproblem, in: Handbuch der Landwirtschaft und Ernährung in den Entwicklungsländern, Band 2: Cremer [Hrsg.]: Nahrung und Ernährung, S. 17–37). Fehlernährung kann ebenso verursacht sein von quantitativer und/oder qualitativer Unterernährung wie auch durch zu reichliche Nahrungszufuhr. Diese gemeinsame Betrachtung und Benennung macht deutlich, daß das Phänomen der Ernährung der Menschheit als ein Problem gesehen und gelöst werden muß. Die künstliche Trennung von Hunger und Überfluß in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion führt zur (gewollten) isolierten Betrachtung und suggeriert, daß das eine mit dem anderen nichts zu tun hat. Dies erlaubt wiederum eine mehrfache Distanzierung: auf der Ebene der Verantwortung ebenso wie auf der Verursachung und der des Handelns.

Hunger ist für eine Anzahl von Menschen *Realität*, nicht „Realismus aus zweiter Hand“. Eigentlich grenzt es an Zynismus, sich darüber zu streiten, ob „nur“ 12 Millionen

Menschen von Hunger betroffen sind oder 150 Millionen. *Rolf Seelmann-Eggebert*, Initiator der ARD-Hilfsaktion für die Sahel-Zone, schrieb dazu: „Und selbst, wenn es zuträfe, daß in Afrika gegenwärtig ‚nur‘ 10 bis 12 Millionen Menschen hungern, rechtfertigt diese Tatsache aus meiner Sicht hinreichend, in einem vergleichsweise unendlich reichen Land wie der Bundesrepublik um Spenden zu bitten“ (Leserbrief in der FAZ, 2. 6. 84).

Die ethische Dimension dieser „Zahlenspielererei“ außer acht lassend, soll kurz auf die Problematik gesicherter Daten aus den Ländern der Dritten Welt eingegangen werden. Da bereits darum gestritten wird, inwieweit die Bevölkerung insgesamt zutreffend ermittelt wird, dürfte erst recht die Quantifizierung einer sog. „Zielgruppe“, in unserem Falle die Hungernden, in ihrem Ergebnis nicht für alle diskutabel sein. Bei der Objektivierung dieses Streits können die Erfahrungen der Demographie herangezogen werden.

Das Hauptproblem der Bevölkerungswissenschaft besteht darin, *gesicherte Ausgangsdaten* zu erhalten. So ist bekannt, daß in vielen Ländern der Dritten Welt Ergebnisse von Volkszählungen und andere Angaben auf groben Schätzungen beruhen, gelegentlich auch vorsätzlich falsch geschätzt oder auch aus politischem Machtkalkül schlicht manipuliert werden. (*H. W. Jürgens*: Die Weltbevölkerung im Jahre 2000, in: der Überblick 3/82, S. 54–57). Mit 150 Millionen Menschen wird von der FAO (Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft) die Gesamtbevölkerung der ursprünglich von außerordentlicher Nahrungsknappheit betroffenen 18 afrikanischen Länder (Stand September 1983) beziffert. Im Dritten Lagebericht der Sondergruppe der FAO und des Welternährungsprogramms für die Ernährungslage in Afrika ist aufgeführt, daß „ein erheblicher Teil der Gesamtbevölkerung von mehr als 150 Millionen Menschen“ in diesen Ländern „in massivem Umfang von Hunger betroffen ist“ (vgl. Leserbrief in FAZ, 4. 6. 84). Die Ziffer von 150 Millionen (ver)hungernder Menschen ist also nicht zutreffend; es bleibt die Frage, was „ein erheblicher Teil“ und „in massivem Umfang“ konkret heißt. Die Antwort wird mitbestimmt von der Definition „Hunger“. Ist in der aktuellen Diskussion allein der Hunger gemeint, der auf „Katastrophen“ (Dürre, Überschwemmungen, Krieg u. ä.) zurückzuführen ist – der sog. *schwarze Hunger* –, dann wird die absolute Anzahl geringer sein als in dem Fall, in dem auch ständig – häufig jahrelang – Unter- und Mangelernährte – der sog. *weiße Hunger* – dazu gezählt werden. In der Regel macht nur der Hunger als Folge von Katastrophen Schlagzeilen; an den sog. weißen Hunger, dessen Ursachen komplex und nicht monokausal sind, hat man sich gewöhnt. Die Zahl der Hungernden ist in keinem Fall exakt zu benennen; es liegen nur Schätzungen auf der Grundlage von Einzelbeobachtungen vor. Eines ist auf jedem Fall wahr und zutreffend: Die Anzahl der Menschen, die sich nicht mehr selbst ernähren können, steigt in Afrika ständig.

Die Anonymität der Hungernden bekommt ein wenig

mehr Gewicht, wenn gefragt wird, wer hungert. Es gehört zu den erstaunlichen Erkenntnissen der letzten Entwicklungsdekaden, daß 9/10 der Menschen, die absolut arm sind und zum größten Teil unter Mangel- und Fehlernährung leiden, auf dem *Lande* leben, insbesondere sind es Frauen und Kleinkinder, Alte und Kranke. „Erstaunlich“ ist dies deshalb, weil in der Geschichte der Industrieländer in der Hauptsache die Menschen in den Städten gehungert haben. Diese unterschiedliche Erfahrung hat mit den Ursachen von Hunger zu tun.

Wer hungert und warum er hungert

Nach den Berichten der Weltbank ist auf der Welt knapp eine halbe Milliarde Menschen mangel- bzw. unterernährt; das sind knapp *zwei Drittel* jener Menschen, die absolut arm sind. Um den Hunger umfassend und nachhaltig zu bekämpfen, ist es sicher notwendig, annäherungsweise dessen quantitative Dimension zu kennen. Viel wichtiger ist es jedoch, die *Ursachen* des Hungers zu erkennen. Im allgemeinen werden mehrere mögliche Ursachenkomplexe angeführt: (a) Katastrophen, (b) das demografische Problem – die „Bevölkerungsfalle“, (c) wirtschaftliche und machtpolitische Faktoren.

Unter Katastrophen werden im allgemeinen Naturereignisse und Kriege verstanden. Viele Länder Afrikas sind seit Jahren von (Bürger-)Kriegen und Dürre betroffen, begleitet von einem Flüchtlingsstrom. So lebt in Afrika – nach Aussagen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen – die Mehrzahl der Flüchtlinge der Welt. Kriege und Dürre sind jedoch nicht allein für den Hunger „verantwortlich“, auch wenn sie gerne als politisch einfache und für die Öffentlichkeit verständliche Erklärung benutzt werden.

Die Vordergründigkeit einer solchen Argumentation macht das Zitat aus einem Brief von Pastoralarbeitern aus der Südandenregion „Die zwei Gestalten, der Trockenheit“ deutlich. Dort heißt es: „Die Probleme, unter denen Ihr während der Trockenheit auf dem Lande und in der Stadt leidet, stammen nicht aus diesem Jahr 1983, und die Ursache für diese Probleme ist nicht allein die Natur. Man kann sagen, daß es eine andere, größere Trockenheit gibt, die Euch seit Jahrzehnten und Jahrhunderten peiniget. Und diese größere Trockenheit hat ihre Verantwortlichen. Es sind die Mächtigen und ihre Institutionen, die Euch das Land Eurer Vorfahren entwendet haben; die Euch Hungerlöhne oder gar nicht für Eure Arbeit bezahlt haben; die Euch eure Produkte zu Niedrigpreisen abgekauft haben; die Euch ins Gefängnis geworfen oder getötet haben, wenn Ihr Euer Land zurückfordert; die Euch vor Wahlen falsche Versprechungen gemacht und Euch danach vergessen haben“ (Weltkirche 8/1983, S. 257).

Selbst wenn Afrika nicht mit Südamerika gleichzusetzen ist, sind die in diesem Zitat genannten Zusammenhänge grundsätzlich auch für den „schwarzen Kontinent“ zutreffend. Die Dürre muß als „Sündenbock“ herhalten, um politische Fehlentwicklungen und strukturelle Mißstände

sowohl gegenüber der eigenen Bevölkerung als auch gegenüber den „Gebern“ zu vertuschen. Durch die Schicksalhaftigkeit dieses Ereignisses, das aus dieser Sicht von niemandem verursacht und damit auch von niemandem zu verantworten ist – wird auf der einen Seite Duldsamkeit und höchste Leidensbereitschaft gefordert und auf der anderen Seite Mitleid und Hilfeleistungen ausgelöst. „Spenden“ (wörtlich genommen) – meistens in Form von Nahrungsmittelhilfe aus unseren Überschüssen – scheinen daher die geeignete Hilfe zu sein. Nahrungsmittelhilfe ist in wirklichen – genau abgrenzbaren – Katastrophenfällen notwendig. Jedoch ist selbst hier „entwicklungspolitische Wachsamkeit“ angebracht: ihr Einsatz kann die Eigeninitiative und die Motivation zur Selbsthilfe lähmen. Daher ist ihre zeitliche Begrenzung angebracht, und sie sollte auf die Ernährung der wirklich Betroffenen (Frauen, Kinder, Alte ...) ausgerichtet sein.

Die Dürre ist nicht die Hauptursache

Die oberflächliche Erklärung des Hungers durch „Dürre“ birgt mehrfache Gefahren: (1) als Alibi der politisch Verantwortlichen vermindert sie die Analyse der realen Ursachen des Hungers und die Planung und Durchführung dringend notwendiger – dieser Analyse entsprechender – langfristig angelegten Strategien gegen den Hunger; (2) die betroffenen Menschen und Politiker verlernen den situationsgerechten Umgang mit der Dürre; sie lernen – in ihren jeweils unterschiedlichen Verantwortungsbereichen – lediglich den vordergründig einfachen Weg einzuschlagen: Der Dürre mit Appellen um „Nahrungsmittelgeschenke“ zu begegnen; sie übersehen dabei, daß sie damit ihre Unabhängigkeit und auch ihr Selbstbewußtsein verlieren; (3) bei den Gebernationen – insbesondere bei der Bevölkerung – kann der Eindruck gefördert werden, mit ihrer (einmaligen) Wohltätigkeit ließe sich der Hunger auf Dauer bekämpfen und der Erfolg zeige sich kurzfristig. Schon die Schlagzeilen vieler Artikel, die sich in der letzten Zeit mit dem Hunger in Afrika auseinandersetzen, bestätigen, daß die Dürre *nicht* die Hauptursache für die real existierende Not ist. Es heißt z. B. „Hunger kommt nicht nur durch Dürre“ (Der Überblick 2/84) oder „Die Dürre ist ein Selbstbetrug“ (Publik-Forum, Nr. 14/15/84) oder „Die Not wird immer größer – In der Dürre rächen sich die Fehler der Entwicklungspolitik“ (Die Zeit, 2. 3. 84). Trotz dieser allgemeinen Erkenntnis wird in der Öffentlichkeit weiterhin mit dem „Naturereignis als vorherzusehende Ursache für Hunger“ argumentiert.

Als weitere Hauptursache wird das *starke Wachstum der Bevölkerung* genannt. Der Begriff „Bevölkerungsfalle“ beschreibt die Tatsache, daß der Produktionszuwachs in einem Land von den höheren Wachstumsraten der Bevölkerungsentwicklung „aufgefangen“ wird, so daß im Ergebnis die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen und damit die Kaufkraft für Nahrungsmittel sinkt. Diese fehlende Kaufkraft führt dann ihrerseits zur „Nahrungsfalle“.

Die Bedeutung des Bevölkerungswachstums für die steigende Armut soll nicht geleugnet werden; die Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen im August dieses Jahres in Mexiko hat ausführlich darüber diskutiert. (vgl. ds. Heft, S. 396) Es muß jedoch klar gesagt werden, daß der Hunger in der Welt damit allein nicht zu erklären ist. „Viele Staaten der Sahel-Zone sind trotz geringer Bevölkerungsdichte überbevölkert. Andere Gebiete wie Singapur oder Hongkong, in denen die Bevölkerungsdichte um ein Hundertfaches größer ist, bieten dagegen für alle dort Lebenden eine wirtschaftliche Basis“ (s. H. H. Jürgens, a. a. O., S. 56). Der entscheidende Faktor, um den Hunger wirkungsvoll zu bekämpfen, liegt somit in der durchgreifenden Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Trotzdem: Die Beeinflussung des Wachstums der Weltbevölkerung ist ein wichtiger Ansatzpunkt einer Ernährungssicherungsstrategie und auch für die Entwicklungsarbeit der Kirchen von großer Bedeutung (vgl.: „Weltbevölkerungswachstum als Herausforderung an die Kirchen“ – Eine Studie der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für Kirchlichen Entwicklungsdienst, hrsg. vom Kirchenamt im Auftrag des Rates der EKD, Gütersloh 1984).

Die internen und externen Rahmenbedingungen

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um die wirtschaftlichen und politischen Ursachen von Hunger und Armut stehen die Fragen der *internen und/oder externen Rahmenbedingungen* ebenso wie die der Produktionsorientierung für den Weltmarkt oder für den heimischen Markt. Anerkanntes Ziel der Entwicklungspolitik ist es, die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern zu fördern und langfristig zu erreichen. In diesem Sinne ist Krabbe zuzustimmen, wenn er schreibt: „Die afrikanischen Regierungen müssen endlich einsehen, daß Wohl und Leben der Bevölkerung wichtiger sind als die ‚richtige‘ Ideologie und selbst als der eigene Machterhalt.“ Seine Aufzählung von notwendigen nationalen Maßnahmen (u. a. Senkung der Rüstungsausgaben, Landreform, Verbesserung der Infrastruktur und des Transportwesens, Änderung der Agrarpolitik) (vgl. FAZ, a. a. O.) sollte kritisch reflektiert und ergänzt werden. Auch wir können interne Probleme der eigenen Gesellschaft leichter lösen oder unsere Hilfe für die Dritte Welt erheblich steigern, wenn bei uns z. B. die Rüstungsausgaben gesenkt würden. Die Änderung der Agrarpolitik ist auch bei uns – allerdings mit umgekehrtem Ziel – eine ungelöste politische Aufgabe.

Das „Wohl und Leben“ der hungernden Bevölkerung sollte auch für Journalisten so wichtig sein, daß sie mit *beiden* „ordnungspolitischen Augen“ den Hunger in seiner vollen Komplexität begreifen lernen. Krabbe sieht allerdings nur auf *einem* ordnungspolitischen Auge: die Fehler der linken/sozialistischen afrikanischen Länder. Er übersieht, daß Maßnahmen unserer eigenen Marktwirtschaft negativ in afrikanische Staaten hineinwirken

können und daß auch in Afrikas westlich orientierten Ländern immer mehr Menschen hungern.

In einer Presseerklärung des Hauptgeschäftsführers von Misereor, Prälat *Norbert Herkenrath*, heißt es zu den Hintergründen der gegenwärtigen Notsituation in Afrika: „Gehungert wird in Afrika nicht nur, weil der Regen ausbleibt, weil immer mehr fruchtbares Land von der Wüste eingeholt wird, weil die Natur durch ökologisches Fehlverhalten der Bevölkerung und durch unangepasste Entwicklungsprojekte aus dem Gleichgewicht gerät. Gehungert wird auch, weil Wirtschaftsexperimente fehlschlagen und es wegen des fehlenden politischen Gleichgewichts des Kontinents sozialer Gegensätze und ausländischer Interventionen zu Stammesfehden und Bürgerkriegen kommt, unter denen die Zivilbevölkerung am meisten leidet. Gehungert wird nicht zuletzt auch, weil die Entwicklung der Weltwirtschaft die Industrieländer einseitig begünstigt. Die Überschüsse, die Amerikas und Europas hochtechnisierte Landwirtschaften produzieren, reichen mit ihren Auswirkungen bis ins afrikanische Dorf hinein“ (Presseerklärung Juni 1984).

Eine kritische Anfrage an uns selbst

Herkenraths Ausführungen bedeuten, daß der Hunger in Afrika auch eine kritische Anfrage an die Art und Weise der Durchsetzung von Interessen der Industrieländer, an die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung, an unsere Überschußproduktion und Überschußverwertung im Agrarbereich stellt. Es ist weder „antiwestlich“ noch „ideologisch“, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen und eine Strategie gegen den Hunger zu fordern, die neben der Veränderung von internen Faktoren in den Entwicklungsländern den Abbau entwicklungshemmender Elemente in den Industrieländern und auf internationaler Ebene umfaßt. Diese Forderungen werden gestützt vom Deutschen Bundestag, der am 5. März 1982 *einstimmig* beschlossen hat: „Die Industrieländer müssen sich dem weltwirtschaftlichen Strukturwandel stellen und die Bereitschaft zeigen, durch Änderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entwicklungshemmende Faktoren abzubauen und aktiv am Aufbau einer leistungsfähigen, gerechten und sozialen Weltwirtschaft mitzuwirken“ (Bundestagsdrucksache 9/1344).

Ebenso wie über die Ursachen von Unterentwicklung, Armut und Hunger wird auch über die „richtigen“ Strategien gegen den Hunger gestritten. An dieser Stelle soll beispielhaft nur ein „Streitpunkt“ genannt werden (vgl. dazu auch den Artikel Krabbe in der FAZ). Auf der einen Seite wird behauptet, daß die Exportproduktion von Agrarerzeugnissen in den sog. Hungerländern die Armut und den Hunger von immer mehr Menschen mitverursacht (Bodenkonkurrenz, Tendenz zu Großfarmen und zur Arbeitskräfte sparenden Rationalisierung, Monokulturen, Landvertreibung u. a. m.); darum müsse eine Strategie gegen den Hunger die Produktion für den Eigenverbrauch prioritär fördern und möglicherweise die Erzeu-

gung für den Export einschränken oder diese u. U. aufgeben. Auf der anderen Seite wird argumentiert, daß viele Entwicklungsländer nur durch den Export von Agrarprodukten Devisen „verdienen“ könnten. Mit diesen Devisen könnten die notwendigen Grundnahrungsmittel für die Bevölkerung auf dem Weltmarkt und Investitionsgüter für die industrielle Entwicklung eingekauft werden. Der internationale Handel steigere die Wohlfahrt aller beteiligten Länder, und es sei „vernunftwidrig“ (Krabbe), sich nicht in die internationale Arbeitsteilung zu integrieren. Selbst in der ökonomischen Theorie wird die These der Wohlfahrtssteigerung durch internationalen Handel nicht mehr so undifferenziert und pauschal vertreten, wie dies Krabbe tut.

Die Aussagen der Theorie der absoluten und komparativen Vorteile des Außenhandels (A. Smith, D. Ricardo) werden dadurch relativiert, daß danach gefragt wird, wer in den jeweiligen Ländern wieviel profitiert und wieviel an Wohlfahrtszuwachs aus dem internationalen Handel über die nationale interne Verteilung für die breite Masse der Armen und Hungernden erzielt werden kann. Es kann für einen afrikanischen Bauern sehr rational und „vernünftig“ sein, nicht für den Export zu produzieren; auch wenn er für diese Produkte einen höheren Preis erzielt als für die Produkte, die er auf dem heimischen Markt absetzt. Das Ziel vieler Menschen in Afrika ist nicht kurzfristige Gewinnmaximierung, sondern Ernährungssicherung für einen langen Zeitraum. Die Erfahrung lehrt, daß es angesichts dieses Ziels wirtschaftlich „vernünftiger“ sein kann, sich nicht von einem Produkt und von den Preisen des Weltmarktes, von Vermarktungswegen und von außen kommenden Vorleistungen (Düngemittel, Pflanzenschutzmittel) abhängig zu machen. Der Mißerfolg vieler „guter Ratschläge“ und „richtiger“ Entwicklungsstrategien, die im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Entwicklungspolitik von seiten der entwickelten Länder gegeben bzw. initiiert wurden, belegen die Notwendigkeit, mit Rat und Urteil „sensibler“ umzugehen.

Noch mehr entwicklungspolitische Bildung

Fazit: Der Hunger von Millionen Menschen in Afrika – wie auf der ganzen Welt – ist von Menschen mitverursacht und damit auch von ihnen mit zu verantworten. Der Kampf gegen den Hunger ist eine moralische Herausforderung für jeden Menschen und *die* politische und wirtschaftliche Aufgabe der Gegenwart. Es bedarf des politischen Willens aller Nationen und des Einsatzes aller Kräfte – nicht allein des Afrikaners, wie Krabbe schreibt –, damit Hunger und Armut auf der Welt beseitigt bzw. verringert werden. Schon 1958 sagte Joseph Kardinal Frings in seiner Ansprache zur Gründung des Hilfswerks Misereor, daß es durchaus möglich sei, den Hunger als Massenerscheinung zu beseitigen. Er wußte, daß Spenden nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“ sein können, und forderte darum auf, den Mächtigen der Erde – und dazu

gehört in der Demokratie auch die öffentliche Meinung – ins Gewissen zu reden, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse so zu ordnen, daß das „objektive Unrecht“ beseitigt wird, „das, wenn es nicht schon darin liegt, daß die Güter dieser Welt so ungleichmäßig verteilt sind, auf alle Fälle darin liegen würde, wenn es bei dieser ungleichmäßigen Verteilung bliebe“ (aus: *Misereor* – Zeichen der Hoffnung, München 1976, S. 21 f.).

Die Kirchen haben auf vielfältige Weise versucht, ihrer Verantwortung in dieser Frage nachzukommen und zusammen mit den Partnerkirchen in Entwicklungsländern konkrete Beiträge zur Beseitigung von Armut und Hunger zu leisten. Die Aufklärung über die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, die dazu führen, daß das „objektive Unrecht“ (Kardinal Frings) weiter besteht,

erhält daher steigende Bedeutung. Die Konsequenz der Kirchen sollte sein, noch stärker als bisher entwicklungspolitische Bildung durchzuführen. Die Problematik von „Hunger und Überfluß“ könnte dazu ein geeigneter Ansatzpunkt sein; nicht nur, weil jeder sich bei der Bitte um das „tägliche Brot“ angesprochen fühlt – sondern auch, weil mit den Erfahrungen der kirchlichen Entwicklungsarbeit in den Ländern der Dritten Welt gezeigt werden kann: Hunger ist ausrottbar. Gerade in unserer eigenen Gesellschaft haben die Kirchen eine relativ große Chance, die entwicklungspolitische Meinungsbildung der Öffentlichkeit mitzuprägen. Diese „Chance“ ist eine ständige Herausforderung; die Grenzen werden nicht zuletzt von der Berichterstattung der Massenmedien mitbestimmt.

Hildegard Rapin

Eine neue Form des Kircheseins

Basisgemeinden in der Weltkirche

Für manche ist sie ein Zauberwort ihres kirchlich-religiösen Selbstverständnisses. Bei anderen weckt sie Ängste in bezug auf die Aufrechterhaltung kirchlicher Einheit: Von der Basisgemeinde, der Basisgruppe, der Basisgemeinschaft bzw. zusammenfassend von der „*Basiskirche*“ (J. B. Metz) ist heute vielfach in einer Art und Weise die Rede, als handele es sich dabei um ein mehr oder weniger klar umrissenes Strukturelement der Kirche von morgen. Gerade eine euphorische Verwendung dieser Begriffe erweckt nicht selten den Eindruck, als gehe es hier um ein Kirchenmodell, das mit wenigen Abweichungen weltweit Gültigkeit besitze, als sei hiermit die Kirchenstruktur der Zukunft schlechthin gefunden. Die entgegengesetzte Position vermag darin kaum mehr als das polemische Schlagwort einer *Gegenkirche* erblicken. In beiden Fällen wird jedoch vielfach übersehen, wie verschieden die so bezeichneten Gemeinden, Gruppen und Gemeinschaften sind, wie verschieden auch der kulturelle, kirchliche und gesellschaftliche Kontext ist, in dem sie entstanden sind.

Ein breites Spektrum von Erscheinungsformen

Ländliche Kleinstgemeinden in Lateinamerika, polnische „Gruppen des gemeinsamen Weges“, „Hügelgemeinschaften“ (sahwanya) und „Familienversammlungen“ (dibundu) in Burundi bzw. im Kongo, philippinische Dorfgruppen („barrios“), Gruppen in Nordamerika und Mitteleuropa, Gemeinden in der Bundesrepublik und Österreich, die sich um eine intensiviertere Form gemeindlichen Zusammenlebens „von unten“ bemühen, die zahlreichen gesellschafts- und kirchenkritischen Gemeinden und Gemeinschaften Südeuropas – an diese Gruppen und andere ist zu denken, wenn von Basisgemeinden die Rede ist. Die

allen gemeinsame Bezeichnung täuscht im Grunde eine größere Einheitlichkeit vor, als tatsächlich vorhanden ist. Bei einem Vergleich läßt sich kaum die Basisgemeinde ausmachen, es schält sich höchstens Basisgemeindliches heraus, das unter jeweiligen gesellschaftlichen und kirchlichen Bedingungen verschieden in Praxis umgesetzt wird.

Wiederholt wurde versucht, mit Hilfe von Typologien das Phänomen der Basisgemeinden in den Griff zu bekommen. Allerdings ohne viel Erfolg, denn entweder wird man den großen Unterschieden nicht gerecht durch zu enge Kategorien, oder man kommt zu abstrakten Begriffen, die für die einzelne Gruppe nur wenig Aussagekraft besitzen. Wer über Basisgemeinden etwas mitteilen will, kommt nicht ohne die Beschreibung konkreter Einzelfälle aus:

Les Herbiens liegt in der nördlichen Vendée in Westfrankreich, einer Gegend, in der die Bevölkerung zu beinahe 100 Prozent der katholischen Kirche angehört. Ein Dutzend junger Erwachsener zwischen 20 und 30 Jahren bilden eine kleine Gemeinschaft, die vor zehn Jahren aus der Landjugendbewegung hervorgegangen ist. Das Leben dieser Gruppe hat einen zum Teil ausgesprochen gemeinschaftlichen Charakter: Zwei Prozent des Lohnes führt jeder ab an eine Solidaritätskasse, aus der verschiedene Projekte und Aktionen unterstützt werden. Man macht gemeinsam Ferien, teilt Anschaffungen miteinander, betet zusammen. Man tauscht sich aus über persönliche, religiös-kirchliche wie gesellschaftliche Fragen. Zur übrigen bäuerlichen und eher traditionell eingestellten Bevölkerung besteht wenig Kontakt. (Vgl. *Philippe Warnier: Nouveaux témoins de l'Église*. Paris 1981, S. 25 f.)

Rue Frontière heißt eine Basisgemeinschaft in Kinshasa/Zaire. Geleitet wird sie von einem verheirateten Laien,